

## **Antrag**

**der Abgeordneten Christel Nicolaysen, Michael Kruse,  
Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein, Jennyfer Dutschke, Jens Meyer  
(FDP) und Fraktion**

**zu Drs. 21/12663**

**Betr.: Wohnpartnerschaften initiieren – Das Projekt „Wohnen für Hilfe“ in  
Hamburg einführen**

Mit der Drs. 21/12663 stellen die SPD-Fraktion und die GRÜNEN Fraktion den Antrag „Wohnpartnerschaften initiieren – Das Projekt „Wohnen für Hilfe“ in Hamburg einführen“. Dahinter steht das Prinzip Jung hilft Alt und erhält dafür im Gegenzug eine Mietfreiheit beziehungsweise -vergünstigung. Hamburg ist als Metropole mit wachsender Bevölkerung ein begehrter Wohnort. Auszubildende, Studierende und Mitmenschen aus dem gesamten Bundesgebiet und international kommen nach Hamburg, um hier zu studieren, eine Ausbildung zu absolvieren beziehungsweise zu arbeiten. Angesichts des angespannten Hamburger Wohnungsmarktes<sup>1</sup> ist es dringend notwendig, neue Ideen für Wohnraumkonzepte zu entwickeln. Deshalb ist das Projekt „Wohnen für Hilfe“ geeignet, um gerade Menschen mit wenig Geld eine Wohnperspektive in Hamburg zu verschaffen. Angesichts des demographischen Wandels und der immer älter werdenden Gesellschaft ist die Bestrebung, dass Menschen sich gegenseitig unterstützen und dadurch verschiedene Vorteile erlangen, gesellschaftspolitisch zu begrüßen. Allerdings ist dieses Projekt nicht ohne weitere Informationen und Aufklärung umsetzbar. Insbesondere die steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Aspekte sind vorab verbindlich zu klären. Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund des Erlasses der Finanzbehörde Hamburg (Erlass v. 8.12.2016, S 2253 – 2016/004 – 52). Danach werden in dem bundesweit agierenden Projekt unterschiedliche Modelltypen „angeboten“:

- Modell I: Verrichtung praktischer Alltagshilfen durch den Wohnraumnehmer an den Wohnraumgeber (zum Beispiel Einkäufe, Kochen, Begleitdienste)
- Modell II: Verrichtung gemeinnütziger Tätigkeiten durch den Studenten im unmittelbaren Wohnumfeld des Wohnraumanbieters
- Modell III: Verrichtung einer gemeinnützigen/ehrenamtlichen Tätigkeit durch den Studenten im Stadtgebiet (ohne Zahlung Aufwandsentschädigungspauschale)

Bei den Modellen liegen zum Teil Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit (Mieter) als auch Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (Vermieter) vor.

---

<sup>1</sup> <https://www.bild.de/regional/hamburg/miete/so-hart-ist-die-suche-in-hamburg-wirklich-54808346.bild.html>.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Das Petitum der Drs. 21/12663 wird wie folgt ergänzt:**

1.
  - a. zu prüfen, welche steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Konsequenzen für die Projektteilnehmer zu erwarten sind.
  - b. zu prüfen, wie hoch der Bedarf (beispielsweise für ausländische Studierende, deutsche Studierende, Auszubildende, anerkannte Flüchtlinge) in Hamburg ist.